



**DIE GRÜNEN**

**was sich jetzt ändern muss!**  
kulturpolitisches programm der grünen

**vdb**  
**08**

# was sich jetzt ändern muss!

## kulturpolitisches programm der grünen

Ja, auch wir Grüne haben uns Anfang 2007 über die neue Kulturministerin Claudia Schmied gefreut. Allein schon deshalb, weil es nach sieben mageren Jahren mit Gehrler & Morak eigentlich nur besser werden konnte. Ein neues Ministerium, in dem die Kunst- und Kulturagenden wieder zusammen waren, eine Ministerin als Quereinsteigerin, die Aufbruch und Bereitschaft zu Reformen signalisierte.

Und jetzt? Jetzt sind wir gerade deswegen so enttäuscht. Denn in der Kulturpolitik der letzten zwanzig Monate ist nichts weitergegangen.

- Die Novellierung der KünstlerInnensozialversicherung war ein schlechter Scherz. Nach wie vor existieren Einkommensgrenzen, bei deren Unterschreiten der staatliche Zuschuss zurückzuzahlen ist. Nach wie vor werden die Ärmsten doppelt bestraft.
- Claudia Schmied hat Gesprächsgruppen zur Reform der Bundesmuseen eingerichtet, ohne Resultate: keine Rahmenzielvereinbarungen, keine grundlegenden Thesen zur Reform, kein Konzept. Die Museen wurschteln munter weiter wie bisher und treten immer stärker in ruinöse Konkurrenz zueinander.
- Es gibt weiterhin keine Trendwende in der Verteilungsfrage. Während die Salzburger Festspiele nur laut genug schreien müssen, um zusätzliche drei Millionen Euro zu erhalten, darben Dutzende Kulturinitiativen in ganz Österreich und wissen nicht, wie sie ihren Betrieb aufrechterhalten sollen. Immer noch geht praktisch das ganze Kulturbudget an die trägen Tanker der Repräsentationskultur. Allein die Verwaltung der Bundestheater kostet ziemlich genau so viel – nämlich vier Millionen Euro –, wie alle regionalen Kulturinitiativen des Landes zusammen erhalten.
- Claudia Schmied wollte den Kunstschaffenden „auf Augenhöhe“ entgegentreten und sie aus der entwürdigenden Rolle der BittstellerInnen befreien. Davon ist nichts zu bemerken: Die Vergabe von Förderungen und Stipendien verläuft intransparent wie eh und je, Gesprächstermine im Ministerinnenbüro zu bekommen, erweist sich als praktisch unmöglich.
- Die Empfehlungen des 2007 veröffentlichten Baukulturreports verstauben in ministerialen Schubladen. Nicht einmal die Minimalforderungen – nämlich die Beauftragung einer Kompaktversion der Studie für die interessierte Öffentlichkeit und die Einrichtung einer Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt – wurden trotz parlamentarischen Beschlusses realisiert. Die Umsetzung konkreter Vorschläge liegt ohnehin in sehr weiter Ferne.
- Die Einführung einer gesetzlichen Regelung für kommunale öffentliche Bibliotheken war vor der Ära Gusenbauer eine zentrale kultur- und bildungspolitische Forderung der SPÖ. In diesem Bereich gibt es nicht einmal Absichtserklärungen der Ministerin. Von legislativen Initiativen ganz zu schweigen. Weiterhin bleibt die Versorgung der Öffentlichkeit mit Lesestoff im Wesentlichen von privatem, ehrenamtlichem Engagement abhängig, und Städte wie Villach oder Klagenfurt haben keine öffentlichen Büchereien.
- Aus den 20 Millionen Euro, die das Österreichische Filminstitut zur Förderung des österreichischen Filmschaffens hätte erhalten sollen, wurde – erraten – auch nichts. Das filmpolitische Engagement der Ministerin beschränkte sich auf die Verteilung von DVDs des oscarbekrönten Films „Die Fälscher“ an Schulen.
- Im Regierungsprogramm wurde die Evaluierung der 2001/02 eingeführten Galerien- und Kunstmessenförderung angekündigt. Sollten entsprechende Ergebnisse vorliegen, weiß die Öffentlichkeit jedenfalls nichts davon.

## kultur von allen

Die gegenwärtige Kulturpolitik der Regierung stärkt Klischees traditioneller Genuss- und Kulissenkunst und vermarktet die vermeintliche Kulturturnation über ästhetische Leuchttürme imperialer Vergangenheit. Gleichzeitig vergisst oder verdrängt sie die vielen unterschiedlichen Initiativen, die das kulturelle Leben im Land erst ausmachen. Wir brauchen eine Akzentverschiebung.

### → **40 statt 4 Millionen für 400 Kulturinitiativen im Land**

400 Kulturinitiativen in ganz Österreich, die soziokulturelle Projekte realisieren, mit der lokalen Bevölkerung gemeinsam Programm machen und sich mit den tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen auseinandersetzen, erhalten für ihre Jahrestätigkeiten – alle zusammen – lächerliche 4 Millionen Euro. Dabei machen sie das bunte Bild der Vielfalt. Wir wollen eine Verzehnfachung der Fördersumme.

### → **Doppelt so viel für Projekte „under 20“**

Wir wollen eine Stärkung aller jener Initiativen, die Jugendlichen und Kindern einen selbsttätigen Umgang mit Kunst und Kultur ermöglichen. Ein Viertel aller ÖsterreicherInnen ist unter 20 Jahre alt, aber nur drei Prozent des Kulturbudgets werden für die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe bereitgestellt.

### → **Kein Geld aus der Kultur für kommerzielle Events und politische Selbstdarstellung**

Für Projekte zur Ankurbelung des Fremdenverkehrs ist die Tourismusförderung zuständig.

### → **MigrantInnen in Beiräte und Jurys**

Bei der Besetzung von unabhängigen Beiräten, Jurys und sonstigen kulturellen Gremien sind MigrantInnen entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen. Nur so erhalten Kunst und Kultur von und für Personen mit Migrationshintergrund entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit und Förderung.

### → **Musikförderung**

Die Wiener Philharmoniker bekommen jedes Jahr 2,3 Millionen Euro, der gesamte Bereich Popmusik gerade eine Million. Dass Pop Kultur ist, hat sich offenbar noch nicht herumgesprochen. Wir brauchen ein Musikfördergesetz, wir brauchen eine signifikante Erhöhung der Dotation für einschlägige Förderschienen, wir brauchen Produktions- und Tourneeförderungen auch im Ausland. Und wir brauchen vor allem sehr viele erschwingliche Proberäume – aus nix wird nix.

## trapezakt mit netz: absicherung der kreativen

Eine Gesellschaft, die einen Gutteil ihrer Reputation und ihres Selbstverständnisses aus den epochalen Leistungen längst toter KünstlerInnen bezieht, sollte sich gefälligst um die existenzielle Absicherung der heute tätigen Malerinnen, Schriftsteller, Filmemacherinnen, Schauspieler, Architektinnen oder Bildhauer bemühen. Viele investieren jahrelang Zeit, Geld und Energie in ihre Arbeit, auch wenn sie keinen finanziellen Profit daraus ziehen.

Die soziale Lage der österreichischen KünstlerInnen indes gleicht einer veritablen Katastrophe. Einer repräsentativen Studie zufolge – die im Kulturministerium seit Juni vorliegt, von der Ministerin aber wohlweislich zurückgehalten wird – haben KünstlerInnen ein fünfmal so hohes Armutsrisiko wie der Rest der Bevölkerung. 37 % verdienen weniger als 830 Euro im Monat. Die Armutsgrenze liegt bei 900 Euro.

Das von der Kulturministerin notdürftig reparierte Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz ist nach wie vor ein Desaster. Von einer sozialen Absicherung kann keine Rede sein, denn es handelt sich dabei bloß um einen Zuschuss zur gesetzlichen Pensionsversicherung in Höhe von maximal 1026 Euro pro Jahr. Und selbst diese Summe wird Jahr für

Jahr von rund 1000 der knapp 5000 BezieherInnen wieder zurückverlangt. Und zwar deshalb, weil sie zu wenig (!) verdient haben, um diese Unterstützung auch rechtmäßig zu erhalten. Das ist bizarr, in Österreich, dem Land der Operette, aber traurige Realität – und es muss sich ändern.

→ **Soziale Absicherung für KünstlerInnen**

Die Grünen treten für die Einrichtung eines existenzsichernden Zuschussystems für Kunstschaffende ein. Wer weniger als 13.200 Euro pro Jahr verdient, erhält die Differenz aus einem KünstlerInnen-Absicherungsfonds erstattet.

→ **Offensive für den österreichischen Film: 20 Millionen Euro mehr an Förderungen**

Neben dem oscargekrönten Drama „Die Fälscher“ hat insbesondere der österreichische Dokumentarfilm in den letzten Jahren bewiesen, dass Förderungen in diesem Bereich gut investiert waren. Streifen wie „Darwin’s Nightmare“, „We Feed the World“ oder „Operation Spring“ haben Preise zuhauf abgeräumt, heftige Diskussionen im In- und Ausland provoziert und bedeutende Beiträge zum sozialpolitischen Geschehen geleistet. Österreichische Kurz- und Kunstfilme reüssieren auf internationalen Festivals. Diesen Schwung gilt es mitzunehmen: Wir brauchen mehr Geld für den österreichischen Film – vor allem, aber nicht ausschließlich aus der öffentlichen Hand.

→ **10 Millionen für einen neuen Kunstfonds**

Die Grünen wollen einen mit 10 Millionen Euro dotierten Fonds schaffen, der insbesondere spartenübergreifende Projekte ermöglicht und dessen Mittel außerhalb jeder Reichweite der Regierung vergeben werden. Der unabhängige Fonds schafft Freiräume für außergewöhnliche Ideen.

## verantwortungsvoller umgang mit dem kulturellen erbe

Die österreichischen Bundesmuseen zelebrieren thematische Beliebtheit und ermüden einander in einem ruinösen Konkurrenzkampf. Die wissenschaftliche Seriosität wird dem Blockbuster-Prinzip geopfert, MuseumsdirektorInnen gefallen sich als FeudalherrscherInnen und agieren so, als ob sie die EigentümerInnen der ihnen anvertrauten Kunstwerke wären. Und Rudolf Leopold, Direktor des Leopold Museums, sieht in der Provenienzforschung und der daraus folgenden Rückgabe geraubter Kunstwerke an ihre rechtmäßigen – zumeist jüdischen – Eigentümer eine freche Störung „seines“ Besitzstandes.

→ **Neuordnung der Bundesmuseen: Zusammenführen, was zusammengehört**

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum anzunehmen, die augenblickliche Struktur der Bundesmuseen wäre historisch gewachsen. Bis in die 1980er Jahre wurden die Sammlungen munter hin und her verschoben, mit allen damit verbundenen museologischen Defiziten. Wir wollen eine generelle Neuordnung der Sammlungen und Aufgabenbereiche der Bundesmuseen. Dafür haben wir ein klares und detailliertes Modell ausgearbeitet.

→ **Freier Eintritt in die Bundesmuseen**

Mit der Ausgliederung der Bundesmuseen wurden die Eintrittspreise saftig erhöht. Ein Familienticket für eine vierköpfige Familie kostet heute fürs Belvedere 25 Euro und – besonders unverfroren – für die Tutanchamun-Ausstellung im Völkerkundemuseum 44,50 Euro. Angesichts dieser Kosten bleibt der Zugang zu Österreichs Kunst- und Kulturschätzen für finanzschwächere Bevölkerungsgruppen unerschwinglich. Dabei spielen die Eintrittserlöse im Gesamtbudget der Bundesmuseen gar keine besonders große Rolle. Wir fordern den uneingeschränkt freien Eintritt in die Bundesmuseen bei gleichzeitiger Erhöhung der Basisabgeltung um 15 Prozent.

→ **Umfassende Novelle des Kunstrückgabegesetzes unter Einbeziehung der Sammlung Leopold**

Das 1998 beschlossene Kunstrückgabegesetz hat im Großen und Ganzen gut funktioniert, ist aber in Anbetracht heutigen Wissensstands dringend novellierungsbedürftig. So bezieht sich das Gesetz, das die Restitution von im Nationalsozialismus geraubten Kunstgegenständen regelt, nur auf die österreichischen Bundesmuseen, nicht aber auf Häuser, die zwar nominell private Institutionen sind, aber maßgeblich vom Bund subventioniert werden – etwa das Volkskunde- oder das Leopold Museum. In den Beständen der Sammlung Leopold befinden sich zahlreiche Kunstwerke, die glasklare Restitutionsfälle wären. Dieser Zustand ist unerträglich. Eine Novelle des Kunstrückgabegesetzes muss auch den weißen Würfel im Museumsquartier zur Rückgabe geraubter Kunst verpflichten.

## gläserne finanzierung

Wer schon einmal um Kulturförderung angesucht hat, weiß, welch ein Spießrutenlauf das sein kann. Davon unabhängig kann sich schon einmal das Ministerium unzuständig erklären, wenn das Land oder die Gemeinde nicht zumindest mitfinanziert, oder das Land erklärt sich unzuständig, wenn Bund oder Gemeinde nichts beisteuern. So werden Kulturschaffende und Institutionen hin und her geschickt, inzwischen vergeht viel Zeit, dann hat der Bund seine Fördermittel für das Kalenderjahr bereits ausgeschöpft und rät, im es nächsten Jahr doch wieder zu versuchen. Das ist demütigend und – muss sich ändern.

→ **Neustrukturierung der Kunstförderung**

Das augenblickliche System der Kunstförderung ist für die meisten FörderwerberInnen ein völlig undurchdringliches Dickicht aus unklar verteilten Zuständigkeiten, veraltetem Spartendenken und intransparenten Entscheidungsprozessen. Aus gutem Grund hat ein Viertel aller KünstlerInnen in Österreich überhaupt noch nie um Förderungen angesucht. Wir haben ein neues Kunstförderungsgesetz entworfen, das erstens klare Fristen und Zuständigkeiten definiert, zweitens Juries und Beiräte dazu verpflichtet, ihre Entscheidungen zu begründen, und drittens die Unesco-Konvention zur Förderung der kulturellen Vielfalt berücksichtigt. Nur so können wir das zentral gesteuerte staatliche Kulturtheater verlassen und die Kulturlandschaft zum Erblühen bringen.

→ **Öffentliche Sitzungen aller Juries und Beiräte**

Nur maximale Transparenz kann den Diskurs über Förderkriterien in Kunst und Kultur öffentlich vorantreiben und trägt entscheidend dazu bei, der Gefahr der Vetternwirtschaft zu begegnen.

## impresum

Medieninhaberin, Herausgeberin: Die Grünen, Rooseveltplatz 4–5, 1090 Wien

Tel.: +43 1 23 63 998-0, Fax: +43 1 52 69 110

E-Mail: [bundesbuero@gruene.at](mailto:bundesbuero@gruene.at)

[www.gruene.at](http://www.gruene.at)

Gestaltung: Super-Fi

Erscheinungsdatum: September 2008

Redaktionsschluss: September 2008

Erscheinungsort: Wien

Bitte unterstützen Sie den Wahlkampf der Grünen mit Ihrer Spende auf das

Konto 28027270404 bei Erste Bank BLZ 20111 oder per Kreditkarte über [www.gruene.at](http://www.gruene.at)



[www.gruene.at](http://www.gruene.at)